



S T A D T K A P P E L N

STAATL ANERKANNTER ERHOLUNGSORT AN SCHLEI UND OSTSEE
DER BÜRGERMEISTER

STADT KAPPELN - REEPERBAHN 2 - 24376
An den Vorsitzenden des Innen-
und Rechtsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Postfach 71 21
24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer
KAPPELN Landtag

01.08.2006 08:28

Expl.: Anl.: 3

LP | L | L1 | L2 | L3

POSTFACH 12 26 24372 KAPPELN
RATHAUS REEPERBAHN 2
TEL: 0 46 42 - 1 83-0 FAX: 0 46 42 - 1 83 28
E-MAIL: STADT@KAPPELN.DE
WWW.KAPPELN.DE

L 215
M. 14.08.

DURCHWAHL: 0 46 42 - 1 83- 29

IHR ZEICHEN/IHRE NACHRICHT VOM

UNSER ZEICHEN/UNSERE NACHRICHT VOM
aqua270706

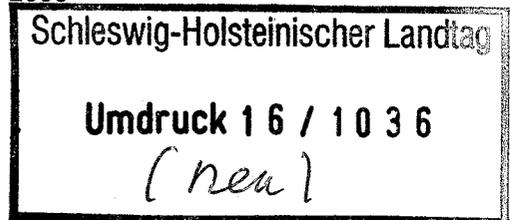
ABTEILUNG/NAME

DATUM

Vorzimmer
Bürgermeister

27.07.2006

Ihr Zeichen L 214 / Bearbeiter Thomas Wagner , Ihr Schreiben vom 3. Juli 2006
Betreff : Entwurf zur Neuordnung vom Amtsgerichtsbezirken
Hier : Stellungnahme der Stadt Kappeln



Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich für Ihre Anregung den Veränderungsprozess gestaltend zu begleiten.

1. Vorbemerkung :

Die Schließung des Amtsgerichtes Kappeln muss im Zusammenhang gesehen werden mit den Transformationsbemühungen innerhalb der Bundeswehr. In der Landespolitik über alle Regierungen hinweg war es Konsens, Behördenansiedlungen auch immer als Strukturpolitik zu betrachten. Diese Verfahrensweise wurde der Stadt letztmalig innerhalb der Schließungsdiskussion um den Marinestandort Olpenitz durch die Ministerpräsidentin Frau Simonis versichert. Ihre Aussage lautete damals : „Es wird keine Landesmaßnahmen geben, die weitere Arbeitsplätze in der Stadt Kappeln gefährden!“

Sicher werden wir durch solche Aussagen Veränderungsprozesse nicht aufhalten können, dennoch meine ich darauf hinweisen zu müssen, dass die Stadt Kappeln in den vergangenen Jahren ca. 4.000 Dienstposten durch den Transformationsprozess der Bundeswehr verloren hat. Dabei handelt es sich um die Standortverwaltung, das Munitionsdepot, die Marinewaffenschule und zuletzt den Marinestützpunkt Olpenitz.

Etwas 500 zivile Arbeits- und Ausbildungsplätze sind damit unwiederbringlich verloren.

Vor Stationierung der Marinekräfte hat die Stadt eine Größenordnung von etwa 6.500 Einwohnern gehabt. Im Zuge dieser Behördenansiedlung haben wir eine Größe von 10.000 Einwohnern erreicht mit den dazugehörigen Strukturen wie Schule, Kindergarten, Wasserver- und -entsorgung, Elektrizität pp.

In meiner Amtszeit als Bürgermeister (5 Jahre) diskutieren wir vom ersten Tag an ständig nur Schließungsabsichten in dieser Stadt. Wenn wir bislang auch für die entsprechenden Konversionsgrundstücke Perspektiven eröffnet haben, dann kommt die Kraft für diese Diskussion auch von den geäußerten Unterstützungsabsichten unserer gewählten Politiker im Landtag. Wenn also die Aussage „Behördenansiedlungspolitik ist auch Strukturpolitik“ nicht mehr haltbar ist, dann wird es auch Unternehmen geben die bei den ersten Schwierigkeiten abwandern und Schließungsabsichten von Kindergärten der freien Träger sind nicht mehr aufzuhalten. Wenn wir also Gestaltung für die Konversionsgrundstücke wahrnehmen wollen und müssen, dann ist die Schließungsdiskussion um das Amtsgericht geradezu kontraproduktiv,

... / 2

BANKVERBINDUNGEN:	NORD-OSTSEE SPARKASSE (BLZ 217 500 00) KTO-NR. 80 002 173	VOLKS- U. RAIFFEISENBANK KAPPELN (BLZ 215 663 56) KTO-NR. 500 011	POSTBANK HAMBURG (BLZ 200 100 20) KTO-NR. 9 802 202
	HYPO-VEREINSBANK KAPPELN (BLZ 200 300 00) KTO-NR. 62 272 104	ECKERNFÖRDER BANK KAPPELN (BLZ 210 920 23) KTO-NR. 4 100 040	

Seite - 2 -

zum Schreiben vom 27. Juli 2006 an den Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

kontraproduktiv im Sinne von wirtschaftlicher Prosperität und „Halten“ der Menschen in der Region.

Diese Stadt hat bereits erhebliche Veränderungsprozesse durchgemacht, ich erinnere an den Abzug
der Ortopedia-Werke, der Steilmann-Werke, Schließungsdiskussion um das Nestlé-Werk.

Wenn es also eine politische Diskussion um den Erhalt des Amtsgerichtes Kappeln geben wird, dann bitte
ich Sie im Interesse der Glaubwürdigkeit politischen Handelns und zielgerichteter Führungspolitik einer Landes-
regierung, sich für den Erhalt des Amtsgerichtes am Standort Kappeln einzusetzen.

2. Sachargumente die gegen die Schließung des Amtsgerichtes sprechen :

Die Sachargumente die der Minister ins Feld führt für eine Gerichtsreform sind durch die Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter des Amtsgerichtes Kappeln hinlänglich widerlegt worden. Aussagen der dort tätigen Richterinnen
und Richter übersenden wir als veröffentlichte Meinung mit der Anlage.

Als Bürgermeister meine ich aber noch einmal herausheben zu müssen, dass die Diskussion über die
Betreuungsfälle nicht ausreichend und vor allen Dingen nicht beweiskräftig geführt worden ist.
In Kappeln haben wir eine Behindertenwerkstatt mit über 400 Beschäftigten. Allein die daraus resultierten
Betreuungsfälle werden die Personalkosten der Gerichte steigen lassen. Kappeln gilt weiterhin als Einzugsbereich
der Umlandbevölkerung für den Alterssitz. Auch die demographische Entwicklung lässt den Schluss zu, dass in
dieser Frage der laufenden Betreuungskosten nicht ausreichend weit in die Zukunft gedacht worden ist.
Sicherlich kann man die Bau- oder Umbaukosten im Zuge der Gerichtsstrukturereformen als einmalige Kosten
auf 15 oder 20 Jahre hochrechnen. Aber laufende Betriebskosten für Personal und für neue Aufgaben auf den
gleichen Zeitraum hochzurechnen ist wirtschaftlich gesehen blauäugig. Alle großen Unternehmen, die außerhalb
des öffentlichen Bereiches stehen, diskutieren Betriebskennzahlen in einer Größenordnung von bis zu 5 Jahren.
Alles darüber hinaus gehende ist Wunschdenken und hängt von Rahmenbedingungen ab, die nicht durch die Politik
allein sondern durch wirtschaftliche Daten beeinflusst werden. Wenn also die Schließungsdiskussion mit Einsparun-
gen im Personalhaushalt und Effizienz im Wesentlichen begründet werden soll, dann würde ich sehr gerne die
Aussage des ehemaligen Staatssekretärs Nissen bei einem Ortsbesuch hier in Kappeln wiedergeben wollen :
Wörtliches Zitat : "Die Effizienz dieses Amtsgerichtes in Kappeln ist unbestritten!"

Ich danke Ihnen noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme und verbleibe
mit freundlichen Grüßen
Ihr


(Roman Feodoria)
Bürgermeister der Stadt Kappeln

-Fraktion in der Stadtvertretung-

Verteiler:

Kappeln, 21. April 2006

Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen
Herrn Minister für Justiz, Arbeit und Europa Uwe Döring
Herrn CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Johann Wadephul
Herrn SPD-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hay
Herrn FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki
Frau B90/Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Anne Lütkes
Frau SSW-Fraktionsvorsitzende Anke Spoorendonk
Mitglieder Innen- und Rechtsausschuss

Offener Brief

Herr Ministerpräsident, Herr Minister, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Minister für Justiz, Arbeit und Europa plant im Rahmen der Reform der Amtsgerichtsstruktur in Schleswig-Holstein die Auflösung des Amtsgerichtes in Kappeln.

Dagegen protestieren wir in aller Form!

Unser Protest richtet sich gegen unserer Meinung nach strukturellen und fachlich-sachlichen Fehleinschätzungen.

Die Stadt und die Region um Kappeln werden seit Jahren durch den Wegzug von Firmen und Bundeswehr sehr stark geschädigt. Am Ende einer langen Kette standen die Schließung der Standortverwaltung und der Marinewaffenschule sowie die bevorstehende Schließung des Marinestützpunktes Olpenitz. Man kann also mit Recht sagen, dass diese Region schon gebeutelt genug ist und keine weiteren Rückschläge verkraften wird. Doch anstelle einer gewissen Rücksichtnahme auf die prekäre Situation, plant nun auch die Landesregierung den Abbau einer Dienststelle in Kappeln. Bei Durchführung dieser Maßnahme würde ein weiteres großes Loch in unsere Infrastruktur gerissen.

Zu den fachlich-sachlichen Fehleinschätzungen führen wir aus:

Selbst der Staatssekretär im Justizministerium Peter Nissen musste auf einer öffentlichen Veranstaltung in Kappeln zugeben, dass das Amtsgericht Kappeln „effektiv arbeitet“. Woran soll man denn eine „Strukturreform“ messen, wenn nicht an ihrer Effektivität? Das AG Kappeln ist mit 3,5 Richtern besetzt. Es hat 27 Mitarbeiter, der Mietvertrag läuft noch bis Ende 2010. Die Landesregierung geht offensichtlich rein „rechnerisch“ in Bezug auf die Richterstellen vor. Es sollen keine Ausnahmen zugelassen werden.

Fraktionsvorsitzender

Rainer Moll, Pamirweg 2a, 24376 Kappeln
Tel.: 04642/82944 - FAX: 04642/922865

Mobil: 0174/9315427

E-Mail: Rainer.Moll@t-online.de

Dabei wird völlig vergessen, dass das Amtsgericht Kappeln eine hohe Akzeptanz gerade in Betreuungs- und Familiensachen hat. Das AG ist gut aufgestellt, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hoch motiviert. Die Verfahrensdauern sind deshalb und auch dank moderner Ausstattung sehr kurz. Kappeln hat darüber hinaus eine gute Verkehrsanbindung in die Region. Damit ist das AG für die Bürger gut zu erreichen.

Auch das Argument, bei einer höheren Richterzahl (Landesregierung: 8) sei eine bessere Spezialisierung gegeben, ist falsch! Der Arbeitsanfall in den 4 Hauptbereichen Zivil-, Familien-, Strafsachen und freiwillige Gerichtsbarkeit ist bei keinem Gericht auch nur annähernd gleich.

Es entspricht gerade dem Selbstverständnis vieler RichterInnen in Amtsgerichten, für den Bürger als „Ihr“ Amtsrichter tätig zu sein und gerade nicht zu spezialisiert zu arbeiten.

Auch in Kappeln hat die demographische Entwicklung zu einem starken Anwachsen der Betreuungsfälle geführt. In und um Kappeln gibt es viele Betreuungseinrichtungen wie z.B. das St. Nicolaiheim (Betreuungsfälle) und viele Altenheime die von Richtern vielfach (z.B. bei Fixierungen) aufgesucht werden müssen. Sollten diese Fälle von Amrichtern in Schleswig, Eckernförde oder Flensburg übernommen werden, so würden aufgrund der langen Anfahrtswege diese Amrichter zu den bestbezahlten Kraftfahrern der Nation gehören!

Die Auflösung des Amtsgerichtes Kappeln lässt daher weder eine Situationsverbesserung für die Bevölkerung noch eine Kostenersparnis erwarten.

Hierzu passen die Ausführungen des Präsidenten des Landgerichts Lübeck sehr gut: „Soweit der demographische Wandel und der Umstand der ansteigenden Zahlen von Betreuungsverfahren zur Begründung des Konzeptes herangezogen werden, sind die im Konzept vorgesehenen Schließungen von Amtsgerichten ausschließlich kontraproduktiv. Ansteigende Verfahrenszahlen bedeuten höheren Personalbedarf. Das Konzept sieht aber lediglich die Konzentration von Personal auf weniger Standorte vor, nicht, wie es auf der Hand läge, die Einstellung weiteren Personals. Gerade in Betreuungssachen bedeutet aber die Konzentration auf weniger Standorte eine erhebliche Ausweitung der örtlichen Zuständigkeiten jedes einzelnen Gerichts und damit deutlich weitere Wege zu den an ihrem Wohnort anzuhörenden Betroffenen in Betreuungssachen. Neben den gerade in diesem Bereich schmerzlichen Verlust an Bürgernähe bedeutet dies eine zusätzliche, von dem demographischen Wandel unabhängige Belastung der RichterInnen und RechtspflegerInnen und eine weitere erhebliche Anhebung der ohnehin explodierenden (Reise-)Kosten in Betreuungssachen. Auf die zugegebenermaßen ansteigenden Anforderungen des Betreuungsrechts kann man sinnvollerweise nur durch eine verstärkte, nicht durch eine zurückgefahrne Präsenz vor Ort reagieren. Die Schließung von Amtsgerichten kann hiermit nicht sinnvoll begründet werden.

Zugespitzt lässt sich sagen, dass das vorgestellte Konzept enorme Kosten beinhaltet, die vor allem in Immobilien einfließen würden, Kosten, die im Hinblick auf die ansteigenden Betreuungsverfahrenszahlen besser für Personal aufgewendet werden sollten“.

Aus den genannten Gründen bitten wir deshalb die Landesregierung, von einer Schließung des Amtsgerichtes Kappeln abzusehen. Die parlamentarischen Gremien des Landes fordern wir auf, der Schließung des Gerichtsstandortes Kappeln nicht zuzustimmen.

Mit freundlichem Gruß



Rainer Moll
Fraktionsvorsitzender

Ausschnittsdienst Vorzimmer

Datum des Artikels

11. Nov. 2005

zur Akte:

Amtsgericht

Schlei-Bote
Kieler Nachrichten
Flensburg Avis

Schleswiger Nachrichten
Flensburger Tageblatt
Wochenschau
Moin Moin Angeln

Freitag, 11. November 2005

SB Seite 11 — Jahrgang 20

Fast 3600 Unterschriften für das Amtsgericht

Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen, noch steht der Beschluss des Landtages aus. Deshalb kämpfen Mitarbeiter des Amtsgerichtes um dessen Erhalt; sie haben 3581 Unterschriften gesammelt.

Kappeln/uk — „Das Amtsgericht Kappeln muss bestehen bleiben“ — diese Forderung erheben die Mitarbeiter und haben seit Anfang Oktober Unterschriften gesammelt, die ihr Nachdruck verleihen. Bis gestern waren es 3581 Unterschriften auf den Listen und die wurden als Paket an die Adresse von Schleswig-Holsteins Justizminister Uwe Döring auf den Postweg gebracht — als Einschreiben mit Rückschein. Das Porto zahlen die 27 Mitarbeiter des Amtsgerichtes aus ihrer eigenen Tasche.

3581 Unterschriften bedeuten, dass jeder zehnte der Kappelner „Gerichtseingesessenen“ unterschrieben hat. Zum Einzugsgebiet gehören rund 35000 Menschen; zu dem Bereich zählen neben der Stadt Kappeln auch die Ämter Gelting, Süderbrarup, das Amt Kappeln-Land sowie Nordschwansen.

Die Mitarbeiter des Kappelner Amtsgerichtes —

vom Richter bis zum Wachtmeister — stemmen sich gegen eine Schließung. Seit über 120 Jahren gibt es das Gericht in der Schleistadt.

„Wir arbeiten effizient und bürgernah“, sagten gestern stellvertretend für alle Mitarbeiter die Richterinnen Birgit Schwartz-Sander aus Brodersby, Dr. Dagmar Fötsch-Middelschulte

aus Faulück, die Justizangestellte Petra Albrecht-Henningsen aus Winnemark und der Geschäftsleiter des Amtsgerichtes, Hans-

Richard Berndt aus Süderbrarup. Ob Voll- oder Teilzeitkräfte: Sie alle identifizieren sich mit „unserem Gericht“. In Kappeln werden im Jahr rund 8000 Fälle bearbeitet — Straf-, Zivil-, Familien- und Betreuungssachen.

Für alle 27 Mitarbeiter steht fest, dass eine Schließung zum Nachteil ihres Klientel sein wird. Eine Wirtschaftlichkeit erkennen sie nicht in der von Minister Döring auf den Weg ge-

„Wir arbeiten effizient und bürgernah.“

Mitarbeiter des Amtsgerichtes



Gestern Vormittag brachten die Mitarbeiter ihre Unterschriftenlisten auf den Weg in Richtung Kiel

Foto: U. Köh

brachten Justizreform. Die Mitarbeiter, die in dem baulich schönsten Amtsgericht des Landes — so wird es immer wieder gesagt — arbeiten, wollen das auch weiterhin. Noch sei eine Entscheidung über die Schließung

des Amtsgerichtes nicht gefallen. Das bedürfe, so Schwartz-Sander, Fötsch-Middelschulte, Albrecht-Henningsen und Berndt, eines Beschlusses des Landtages. Deshalb haben sie die Abgeordneten eingeschaltet

und sie davon zu überzeugen, dass eine Schließung völlig falsch sei. Abgeordnete von CDU, SPD und SSW sind gekommen, um sich persönlich einen Eindruck zu verschaffen.

Komme es trotz aller Be-

mühungen dennoch zu Aus für das Kappelner Amtsgericht, werde das we Kreise ziehen. Ein Aus zie den Verlust von Arbeitsplätzen nach sich, bedeute au eine Schwächung von Kappeln Wirtschaftskraft.

Ausschnittdienst Vorzimmer

Datum des Artikels

30. Aug. 2005

zur Akte:

„AG Kappeln“

Schlei-Bote

Kieler Nachrichten

Flensburg Avis

Schleswiger Nachrichten

Flensburger Tageblatt

Wochenschau

Moin Moin Angeln

LESERFORUM

Unbewiesene Behauptung

Nach elfjähriger Tätigkeit an einem kleinen Amtsgericht (3,5 Richter) habe ich nicht den Eindruck, dass bei uns ineffizient gearbeitet wird. Durch einen äußerst niedrigen Krankenstand, ein sehr gutes Betriebsklima und den persönlichen Einsatz aller Mitarbeiter ist unsere Leistungsfähigkeit zumindest ebenso hoch wie die eines Acht-Richter-Gerichtes. Den Vergleich der an unserem Gericht beschäftigten Richter mit dem zwielichtigen „Dorfriecher Adam“ aus dem Kleistschen Theaterstück kann der Minister nicht ernst meinen. Unser Gericht wurde 2001 mit dem System MEGA (Mehrländergerichtsautomation) ausgestattet und es wurden „Serviceeinheiten“ eingerichtet. Das Gericht ist in vollem Umfang zu einer elektronischen Aktenverwaltung in der Lage. Wir haben durch ein Intranet Zugang zu elektronischen Informationssystemen (Gesetzesvorschriften, wichtige Kommentare, juristische Zeitschriften etc.). Wir arbeiten wie jedes andere größere Gericht in Schleswig-Holstein. Aber das dürfte dem Justizminister eigentlich bekannt sein. So kann ich diesen Vergleich allenfalls als einen schlechten Scherz auffassen. Als als in PE (Personalentwicklung) geschulte Richterin verstehe ich ihn als eine in unserem Sys-

tem nicht erwünschte Motivationsbremse für die Mitarbeiter. Ich fühle mich durch meine Ausbildung als Volljuristin und weitere berufliche Fortbildung der so genannten „hochspezialisierten“ Anwaltschaft in keiner Weise unterlegen. Die behauptete bessere Effizienz eines Acht-Richter-Gerichtes gegenüber einem Vier-Richter-Gericht ist eine unbewiesene Behauptung. Der Sinn der geplanten Maßnahme wird weiter dadurch in Frage gestellt, dass die Maßnahme nicht Kosten einspart, sondern den Landeshaushalt mit erheblichen weiteren Kosten für Ausbauarbeiten in den aufnehmbaren Gerichten, eventuelle Nachbauten und Auflösung langfristiger Mietverträge belasten wird. Man kann sich vorstellen, dass die im öffentlichen Personennahverkehr schlecht mit Schleswig und Eckernförde verbundenen Mitbürger aus Kappeln die Auflösung des Gerichtes in Kappeln nicht als eine Verbesserung des gewünschten Bürgerservices ansehen. Wir würden uns daher sehr freuen, wenn sich der Minister vor Ort, wie von ihm angekündigt, ein Bild von dem Zustand der Justiz in der Provinz machen würde.

Dr. DAGMAR FÖTSCH-
MIDDELSCHULE;
Richterin in Kappeln

Die von uns veröffentlichten Leserbriefe brauchen nicht die Ansicht der Redaktion wiederzugeben. Anonyme Zuschriften können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Kürzungen behält sich die Redaktion vor.